Freie Wähler Dornach

Infoblatt 1/2011

Liebe Dornacherinnen und Dornacher

Die erste Hälfte der Legislaturperiode 2009 – 2013 ist vorüber. Wir wollen Ihnen zeigen, was sich in dieser Zeit getan oder eben auch nicht getan hat und was in den nächsten zwei Jahren auf die Gemeinde zukommen wird. Es sind einige Artikel dabei, die sich kritisch mit dem Stand der Dinge auseinandersetzen. Wir sind der Meinung, dass wir auf Schwachpunkte hinweisen müssen, damit diese angegangen werden können.

Ein wichtiges Anliegen ist uns die Einführung des Ressortsystems, das vor zehn Jahren mit dem Slogan «für ein blühendes Dornach» abgelehnt wurde. Wir sind der Auffassung, dass es an der Zeit ist, das Präsidialsystem zu beenden.

Es würde uns freuen, wenn Sie uns Ihre Kommentare zu den Artikeln zustellen würden. Sie können dies per Brief, per Email (info@fwd-dornach.ch?subject=FWD Infoblatt 1/2011) oder telefonisch tun.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit!

Ihre Freien Wähler Dornach

Inhaltsverzeichnis

2 Das Ressortsystem – Neulancierung einer Idee für Dornach

4 Verkehr, Kultur, Energie: Der Gemeinderat stellt Weichen für die Zukunft

6 Ein kleiner Auszug aus den aktuellen Geschäften in der BWPK Dornach

7 Wo stehen wir heute?

9 Von den Geburtswehen einer Sozialregion

10 Sozialpolitik - Freuden und Leid einer Politik auf Gemeindeebene

12 Die Spezialkommission KITA hat sich konstituiert

12 20 Jahre Alters- und Pflegeheim Wollmatt

13 Die Verkehrskommission ist auch im Jahr 2011 aktiv geblieben.

15 Die KELSAG und die Sackgebühren

16 Wechsel im Präsidium der Vorortskonferenz

VORSTAND

Ursula Kradolfer, Thomas Gschwind, Robert Leu (BWPK), Hans Reinacher, Seraina Seyffer (GR-Suppleantin), Daniel Urech

Das Ressortsystem – Neulancierung einer Idee für Dornach

Daniel Urech

Der Gemeinderat konnte sich nicht zu einer Wiederauflage der Systemfrage für die Gemeinde Dornach durchringen. Daher lancierten die FWD anlässlich der Juni-Gemeindeversammlung eine Motion, so dass der Souverän, die Dornacher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, über die Einführung des Ressortsystems entscheiden kann.

In einem Gemeinderat, der nach dem Ressortsystem organisiert ist, **leitet jedes Gemeinderatsmitglied ein Ressort.** Die Ressorts sind mit Departementen zu vergleichen. So gibt es z.B. normalerweise ein Ressort Finanzen, ein Ressort Schulen, Sicherheit, Bau und Umwelt etc. Der Gemeinderat, der beispielsweise das Ressort Bau inne hat, ist an den Sitzungen der Baukommission anwesend und bereitet die Geschäfte, die mit Bausachen zu tun haben, zuhanden des Gemeinderats vor. Er ist für den ihm zugeteilten Bereich verantwortlich und erarbeitet zusammen mit der Verwaltung die entsprechenden Anträge und Projekte zuhanden des Gemeinderats. Der Gemeindepräsident hat das Ressort Präsidiales inne und hat eine Koordinationsfunktion. Dagegen ist für die Führung der organisatorischen und administrativen Belange der Gemeindeverwaltung eine **Gemeindeverwalterin oder ein Gemeindeverwalter** angestellt.

Dornach ist momentan in einem Präsidialsystem organisiert, wo die einzelnen Gemeinderäte nicht über eigene Zuständigkeitsbereiche verfügen. Dafür ist der Präsident zu 100% angestellt und leitet sämtliche Geschäfte der Gemeinde. **Die Gemeinderatsmitglieder sind damit, obgleich Exekutivmitglieder, beinahe in einer eher parlamentarischen Rolle, während der Präsident eine sehr starke Rolle innehat.**

Ende der neunziger Jahre wurde in Dornach intensiv über die Einführung des Ressortsystems diskutiert. Der Gemeinderat setzte eine Arbeitsgruppe ein, die einen Vorschlag ausarbeitete, der von der Gemeindeversammlung denn auch genehmigt wurde. In der darauf folgenden Volksabstimmung wurde aber das Ressortsystem (unter anderem mit dem Slogan «damit Dornach weiter blüht») abgelehnt. Daraufhin beschloss Dornach – sozusagen als Mini-Reform – die Zahl der Gemeinderäte von 15 auf 9 zu senken und die Gemeinderatskommission abzuschaffen.

Nun sind mehr als 10 Jahre seit dem Volksentscheid gegen das Ressortsystem vergangen, und die FWD finden, es sei an der Zeit, erneut darüber nachzudenken, ob nicht **die Vorteile eines Ressortsystems grösser als diejenigen des derzeit herrschenden Präsidialsystems** wären. Seit dem Entscheid ist viel Wasser die Birs runter geflossen und vieles ist geschehen: es gibt in unserer Gegend kaum mehr eine solothurnische Gemeinde, die nicht nach dem Ressortsystem aufgebaut wäre (was vor 12 Jahren noch nicht der Fall war) und in der Dornacher Gemeindepolitik hat ein Generationenwechsel stattgefunden.

Die Fraktion der Freien Wähler hat die Diskussion letztes Jahr mit dem Antrag «Gestalten, nicht nur verwalten» in den Gemeinderat getragen, wo sie an mehreren Sitzungen behandelt wurde. Es waren keine schlechten Diskussionen, aber der Gemeinderat entschied sich schlussendlich dagegen, von sich aus die Systemfrage der Gemeindeversammlung vorzulegen. Es ist also ein Anstoss von aussen notwendig, in diesem Fall über das Instrument der Motion, um das Thema zum Politikum zu machen.

Nach unserer Meinung überwiegen die Vorteile des Ressortsystems über die Vorteile des Präsidialsystems. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Organisationsform für Dornach besser wäre, als das Präsidialsystem. Als Vorteile sehen wir eine stärkere Verteilung der Verantwortung und ein grösseres Engagement der einzelnen Gemeinderatsmitglieder, weil sie stärker in das Verwaltungsgeschehen eingebunden sind. Ausserdem versprechen wir uns eine effizientere Geschäftsbearbeitung, da die verschiedenen Bereiche jeweils einen «politisch verantwortlichen» Kopf zeigen, der in der Verantwortung steht, wenn es in seinem Bereich nicht vorwärts gehen würde. Die demokratische Kontrolle würde damit ebenfalls verbessert, da die Verantwortung stärker bei den verschiedenen gewählten Gemeinderäten liegen würde.
Sämtliche Nachbargemeinden von Dornach (sowohl die solothurnischen als auch jene in Baselland) sind nach dem Ressortsystem organisiert. Die Freien Wähler Dornach stehen ein für die individuelle Verantwortung der Behördenmitglieder und für eine möglichst breite Beteiligung der Betroffenen an Entscheiden. Wir sind überzeugt, dass es auch Dornach gut anstehen würde, sich diese Organisationsform zu geben. Wir freuen uns auf die Diskussionen im Zusammenhang mit der vorliegenden Motion.

Die Motion, und wie es weiter geht

Es ist in Dornach Tradition, dass eine Motion anlässlich einer Gemeindeversammlung eingereicht und ein erstes Mal der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Die Motion fordert den Gemeinderat auf, der Gemeindeversammlung einen Reglements- oder Beschlussentwurf vorzulegen, mit dem in Dornach das Ressortsystem eingeführt wird. Zunächst muss die Gemeindeversammlung entscheiden, ob die Motion als erheblich erklärt wird. Der Gemeinderat traktandiert dafür die Motion auf die nächste Gemeindeversammlung (das wäre nun diejenige im Dezember 2011), und stellt Antrag auf Erheblich- oder Nichterheblicherklärung. An dieser Versammlung wird dann die Motion diskutiert, die Motionäre begründen sie und der Gemeindepräsident vertritt den Standpunkt des Gemeinderats. Wird die Motion von dieser Gemeindeversammlung erheblich erklärt, muss der Gemeinderat eine Vorlage ausarbeiten. Diese legt er an einer der nächsten Gemeindeversammlungen vor und es wird darüber entschieden.

GEMEINDERAT

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Ursula Kradolfer (Vize-Präsidentin), Thomas Gschwind, Daniel Urech

Verkehr, Kultur, Energie: Der Gemeinderat stellt Weichen für die Zukunft

Thomas Gschwind, Daniel Urech, Ursula Kradolfer

Der Gemeinderat hat seit dem Erscheinen des letzten Infoblatts eine Vielzahl von Geschäften behandelt. Er hat einige für Dornach sehr wichtige Entscheidungen getroffen. So kam beispielsweise die Einführung der Tempo 30-Zonen vorwärts. Das neue Theater am Bahnhof wird in Zukunft weiter am Bahnhof spielen können. Der Gemeinderat unterstützt das Projekt einer neuen Spielstätte im Grundsatz. Im Bausektor gibt es manche Bereiche, in denen es «harzt». Es gibt viele Baustellen, auch im übertragenen Sinn. Auf einigen geht es gut voran, auf anderen herrscht ein Baustopp.

Lesen Sie den bunten Strauss der Auswahl von Themen aus dem Gemeinderat! Wenn Sie regelmässig erfahren wollen, wie sich die FWD-Gemeinderatsmitglieder zu den im Gemeinderat behandelten Geschäften stellen, finden Sie die Kommentare auf der Website www.fwd-dornach.ch unter der Rubrik «Aus dem Gemeinderat».

Langsamverkehr

Im Jahr 2009 wurde in Dornach eine **Schwachstellenanalyse betreffend Fuss- und Veloverkehr** durchgeführt. Dazu wurde die Bevölkerung eingeladen an einer Begehung teilzunehmen. Die Firma Metron hat diese Begehung begleitet und eine Liste mit Schwachstellen erstellt. Die Verkehrskommission (VK) hat im Februar 2010 den Auftrag erhalten, die Liste zu überarbeiten und hat die Stellungnahme im Juli 2010 abgeliefert. Im Februar 2011 wurde für einzelne Punkte eine Begehung mit einem Berater vom Kanton durchgeführt. Die Ergebnisse der Begehung decken sich teilweise nicht mit den Empfehlungen der VK, was die Entscheidungen im GR nicht vereinfachte.

Mehrfach wurden in der Studie **fehlende Fussgängerstreifen** beanstandet (Rainweg, Dorneckstrasse, Quidumweg, Schlossweg, Hügelweg). Der Berater vom Kanton hat keinen dieser geforderten Fussgängerstreifen als realisierbar beurteilt. Auch zusätzliche Mittelinseln wurden als nicht machbar eingestuft (Platz). Es wurden keine Lösungen für sichere Überquerungen aufgezeigt. Das Resultat ist eine systematische Erschwerung des Fussverkehrs und eine ebenso systematische Aushöhlung des Fussgänger-Vortritts: wenn es keine Fussgängerstreifen mehr gibt, gibt es auch keinen Fussgänger-Vortritt mehr.

Deshalb ist es wichtig, dass **das Projekt Tempo-30 schneller vorwärts geht** und damit die Risiken für die langsameren Verkehrsteilnehmer konsequent gemindert werden!

Weitere im Rat beschlossene Verkehrsmassnahmen

Beim Unteren Brühlweg soll geprüft werden, ob dieser neu als «Fussweg» mit «Velo gestattet» ausgeschildert werden soll. Dies hätte den Vorteil, dass die Fussgänger Vortritt geniessen.
Die Nepomukbrücke soll für den Velo-Verkehr zugelassen werden.
Bei verschiedenen Treppen sollen Schienen montiert, bzw. die Montage geprüft werden. Sie ermöglichen es, Velos über die Treppe zu schieben.
Die Eigentümer der Eisenbahnschienen, welche die Weidenstrasse queren, wurden aufgefordert den Gummi in den Schienen zu ersetzen (Sturzgefahr für Velofahrer).

Neues Theater am Bahnhof

Der Gemeinderat hat mit Freude davon Kenntnis genommen, dass sich für das Neue Theater am Bahnhof eine Möglichkeit ergeben hat, in Dornach weiter zu bestehen. Die Frage, wie es nun weiter geht, scheint damit um einiges einfacher geworden zu sein. Dazu beigetragen hat sicherlich auch, dass die Gemeinde sich erneut zu diesem Kulturjuwel in Dornach bekannt hat, wie schon anlässlich des Jubiläums an der öffentlichen Jubiläumsfeier des Theaters.

Sie hat sich bereit erklärt, sich nach ihren Möglichkeiten für das Überleben des Theaters und für neue Räumlichkeiten einzusetzen. Die Freien Wähler unterstützen dieses Vorhaben und werden sich für eine **Beteiligung der Gemeinde an einem Projekt «Kulturraum»** einsetzen, das für Dornach sehr wichtig ist. Das Sprichwort «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein» könnte man übersetzen in «Eine Gemeinde braucht nicht nur Strassen, Schienen und ein Feuerwehrmagazin». In diesem Sinne: Toi toi toi!

Baukommissionsrücktritte

Remo Mangold (FdP) und René Umher (SP) demissionierten beide aus der BWPK, weil die zeitliche Belastung neben dem Gemeinderat zu gross ist. Das ist vollkommen nachvollziehbar und natürlich zu akzeptieren. Aus Sicht des Gemeinderates ist es allerdings bedauerlich. Gerade bei dieser wichtigen Kommission hat es sich immer wieder als sehr nützlich erwiesen, dass eine direkte Verbindung zwischen den zwei Gremien bestand.

Gründächer für Dornach

Mit dem Stichentscheid des Gemeindepräsidenten ist der Gemeinderat im Februar 2011 dem Antrag von Thomas Gschwind gefolgt und hat der Bau-, Werk- und Planungskommission (BWPK) den Auftrag erteilt, die **Änderung des Baureglements betreffend Gründach** zu prüfen.

Was ist ein Gründach und was bringt es?
Qualitativ hochwertige Dachbegrünungen sind eine sinnvolle und wirtschaftliche Investition in die Zukunft – für Bauherren ebenso wie für unsere Umwelt. Begrünte Dächer können wertvolle Ersatzlebensräume für Pflanzen und Tiere im Siedlungsraum sein und über die Optimierung des Wasserrückhaltevermögens (Retention) der Dächer einen **wichtigen Beitrag zur Entlastung der Siedlungsentwässerung** leisten.

Gemäss unserem GEP (Genereller Entwässerungsplan) ist bei etwa der Hälfte unserer Bauzone eine erhöhe Retention des Regenwassers obligatorisch. In anderen Teilen ist eine Versickerung angestrebt, welche durch eine Retentionsfläche auf dem Dach technisch einfacher umzusetzen ist. Heute ist der Stand der Technik so weit fortgeschritten, dass Dachbegrünungen problemlos umgesetzt werden können. Im Gegenteil, **Dachbegrünung schützt, sofern professionell durchgeführt, die Bausubstanz vor negativen Umwelteinflüssen:** Ein begrüntes Dach hält länger als ein unbegrüntes. Begrünungen innerhalb des Siedlungsgebietes leisten zudem einen Beitrag zu einem ausgeglicheneren Klima. Besonders an heissen Sommertagen kann das einen erheblichen positiven Effekt darstellen.

Energiestadt

Letztes Jahr wurde es budgetiert und im Mai 2011 beschlossen: **Die Gemeinde Dornach tritt dem Trägerverein Energiestadt bei.** Dieser Beitritt ist ein Startzeichen für einen Prozess für nachhaltige, kommunale Energiepolitik. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen. Der Gemeinderat hat entschieden, **eine Arbeitsgruppe «Energiestadt»** zu bilden. Die Umwelt-, Verkehrs- und Baukommission, sowie der Gemeinderat und die Bauverwaltung haben Mitglieder vorgeschlagen. Die Arbeitsgruppe soll möglichst noch vor den Sommerferien ihre Arbeit aufnehmen.

Energetische Sanierung Jugendhaus

Der GR hat 2009 beschlossen, vom Jugendhaus einen **Gebäudeenergieausweis** GEAK erstellen zu lassen. Im 2010 wurde das Ergebnis am Energie-Apéro präsentiert. Am 9. Mai 2011 hat der GR nun beschlossen, die Massnahmen umzusetzen, welche vom Energieexperten als erste Priorität bezeichnet wurden. Somit werden das Dach, die Wände, Decken und Heizleitungen in unbeheizten Räumen isoliert und die Eingangstüre wird ersetzt.

BAU- / WERK- UND PLANUNGSKOMMISSION (BWPK)

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Rainer Dietwiler (Vizepräsident), Dieter Grass, Robert Leu

Ein kleiner Auszug aus den aktuellen Geschäften in der BWPK Dornach

Rainer Dietwiler, Robi Leu

Wir geben einen kurzen Überblick über die laufenden Arbeiten.

Sanierung Schlossweg, Abschluss der Arbeiten

Im Frühling 2011 konnten die Schluss-Deckbelagsarbeiten am Schlossweg ausgeführt werden. Durch die Verlängerung des Trottoirs ist nun eine sichere Fusswegverbindung bis zum Schloss realisiert worden. Diese «Trottoir-Lösung» wurde ja erst durch eine Rückweisung anlässlich der Gemeindeversammlung im Jahr 2006 ermöglicht, nachdem in der gemeinderätlichen Debatte die Freien Wähler vergeblich ein Trottoir gefordert hatten.

Anstehende grössere Strassenbauprojekte für die Jahre 2011 und 2012

- Josefengasse: Umgestaltung, Kanalisation und Wasserleitung
- Unterdorfstrasse: 2. Etappe, Strassenbau, Beleuchtung, Kanalisation
- Unterer Zielweg: Umgestaltung, Strassenbau, Beleuchtung, Kanalisation, Wasserleitung
- Rüttiweg: Knoten Dorneckstrasse, Neubau Bus-

haltestelle, Umgestaltung, Strassenbau, Kanalisation, Beleuchtung

Arbeitsgruppen

Mobilfunkantennen
Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, mit dem Auftrag, Zonen zu bestimmen in denen keine Mobilfunkantennen aufgestellt werden dürfen.

Energiestadt
Die Arbeitsgruppe wurde gebildet, Dieter Grass wurde von der BWPK nominiert.

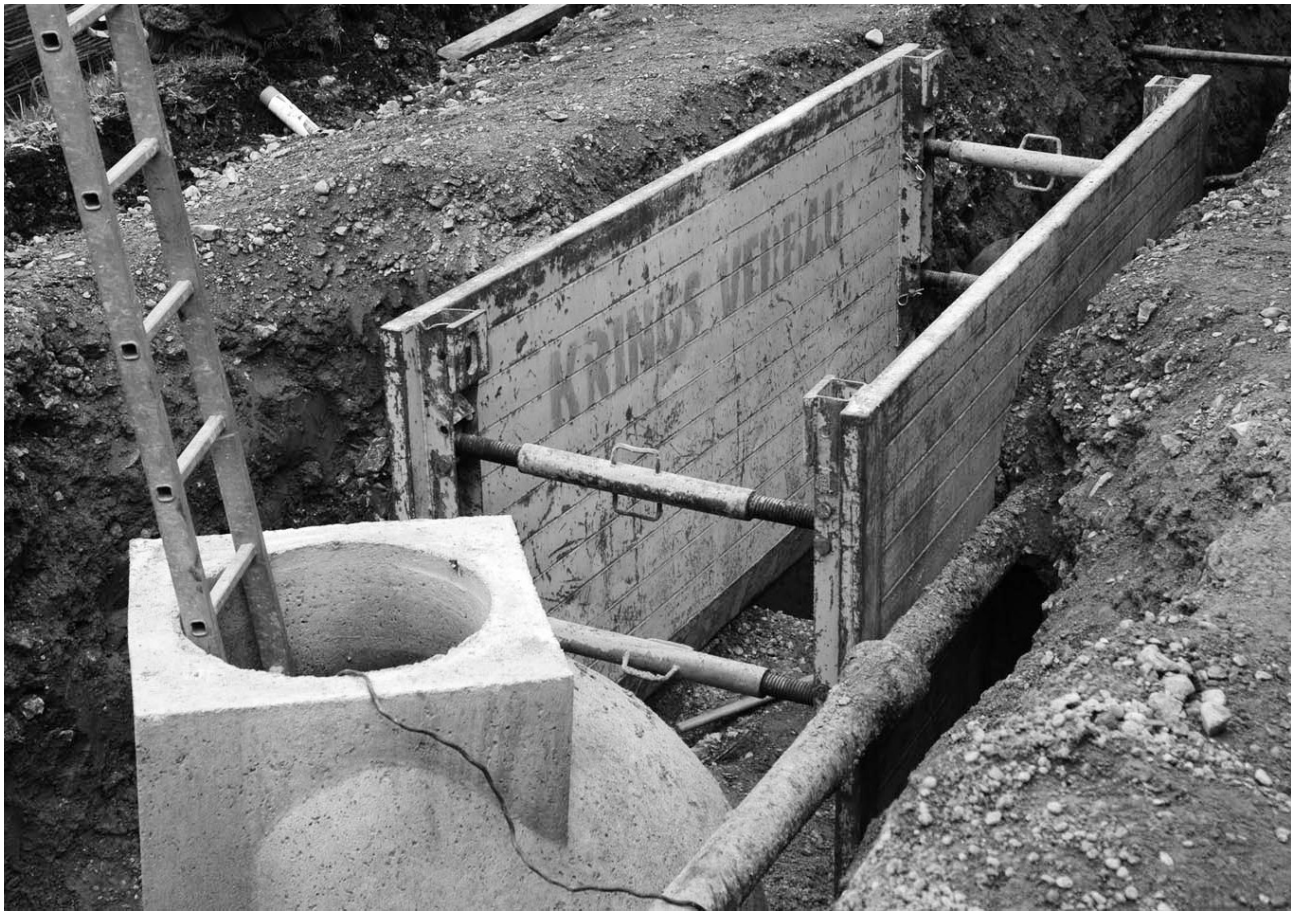
Öffentliche Beleuchtung / Konzept
In der Zwischenzeit wurde durch eine Arbeitsgruppe der BWPK das Pflichtenheft für die Offertanfrage eines generellen Beleuchtungskonzeptes ausgearbeitet.
Nach der Absegnung durch den Gemeinderat ist mit dieser Grundlage ein nächster Schritt zur Ausschreibung eines effizienten und modernen Beleuchtungskonzeptes für die Gemeinde Dornach gemacht.

Wo stehen wir heute?

Dieter Grass

Alles geht sehr schleppend voran. Im folgenden Artikel wird aufgezeigt, was im Jahr 2006 aufgegriffen wurde und wo wir heute im Jahr 2011 stehen. Es hat sich leider nicht allzuviel getan! Schade!

Was, schon wieder ein Artikel fällig im FWD-Infoblatt! Wie die Zeit vergeht. Ja, wie vergeht sie eigentlich?
Ich bin jetzt seit sechs Jahren für die Freien Wähler in der Baukommission und möchte es einmal genauer wissen. Ich werde das Gefühl des Wassertre-



tens an Ort nicht los. Ich habe die Berichte in den Infoblättern von 2006 heute hervorgeholt, und richtig: seit fünf Jahren beschäftigen wir uns mit Themen wie:

Thema 2006	Stand 2011
Tempo 30	in Abklärung, Tempo 30-Zonen wurden vom GR bewilligt, jetzt sucht man die Zonen.
Fuss- und Veloverkehr	in Abklärung, bei Strassensanierungen berücksichtigen wir den Velogegenverkehr.
Perimeterbeiträge	im Gespräch, es wird auf wegweisende Entscheide des Kantons gewartet wie sie nach dem Bundesgerichtsurteil gehandhabt werden sollen.
Informationspolitik	Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip haarsträubend, vieles ist erst einmal geheim (zum Beispiel der Massnahmenkatalog GEP), nach dreimonatigen Abklärungen ist es noch streng vertraulich, und nach einer Intervention stellt sich plötzlich heraus, dass die meisten Informationen eigentlich öffentlich zugänglich sind!
Genereller Wasserversorgungsplan (GWP)	Revision verschoben auf nächste Zonenplanänderung, mit Zuwarten wird nur Geld gespart, das wir mit Steuersenkungen wieder unter die Leute bringen, das Druckwassersystem antwortet aber gnadenlos mit Entladungen am falschen Ort, sprich Leitungsbrüchen, oder auch mit Zonen, wo das Duschwasser nur noch tröpfchenweise zu geniessen ist (Hochwaldstrasse).
Genereller Entwässerungsplan (GEP)	Kantonale Forderungen erst ansatzweise umgesetzt, dem sauberen Abwasser und dessen Versickern vor Ort oder dessen Einleitung in die Birs wird immer noch viel zu wenig Beachtung geschenkt. Die neue Schwynbachleitung beginnt zum Beispiel mit einer Leitung mit Durchmesser 700mm und verjüngt sich, hydraulisch berechnet, auf einen Fünftel (20%) des anfänglichen Volumenstromes zur Ableitung in die Birs. Ein zweiter Hauptableitungsstrang wird vollumfänglich ins Mischabwasser überführt. Der dritte Strang (ein provisorischer) ist seit Jahren zu 90% verstopft, jetzt wird abgeklärt, ob die vom Kanton geforderte 1000er Leitung gebaut werden kann.
Mobilfunk	Arbeitsgruppe gebildet, es sollen Zonen ausgeschieden werden, wo keine Antennen stehen sollen.
Energiestadt	Beitritt vom GR bewilligt, Arbeitsgruppe gebildet.
Strassensanierungen	Dank zurückhaltender Investitionspolitik steigt die Zahl der zu sanierenden Strassen beträchtlich!

Sie sehen, liebe Leser, all diese Anliegen fliessen wie ein zäher Brei durch die Dornacher Bürokratie und warten auf die Umsetzung. Alle Nachbargemeinden sind uns diesbezüglich 10 - 20 Jahre voraus.

Ja, so sind wir eben, wir Dornacher: wir flicken die Wasserleitung erst, wenn sie geborsten ist. Das ist viel einfacher, ein Ausnahmezustand, keine Fragen, keine Zahlen, keine Planung, einfach ausführen, sofort!!

So gesehen ist die Arbeit in der BWPK kein Honigschlecken! Klar lässt sich die ökologische Sichtweise des Bauens nicht aufhalten, aber überzeugtes Eintreten für all diese Anliegen findet erst seit kurzem (ab und zu) eine knappe Mehrheit im GR. Somit haben wir die Chance, uns in absehbarer Zeit nochmals diesen Themen zu widmen. Wie aber sollen wir monate- ja jahrelanges Hinausschieben von Entscheiden werten? Die Antwort darauf sehe ich im Ressortsystem. In Erwartung von transparentem, termingerechtem Informationsfluss, vorausschauender Planung und besserer Vernetzung. Mit zunehmender Routine und Gelassenheit geniesse ich die kleinen Erfolge und die intensive Recherchierarbeit.

SOZIALKOMMISSION

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Christine Dettli, Seraina Seyffer

Von den Geburtswehen einer Sozialregion

Christine Dettli

Bis vor etwas mehr als zwei Jahren kümmerten sich alle Gemeinden im Kanton Solothurn selbständig um die sozialen Dienste ihrer Gemeinden. Das änderte sich, als der Kanton Solothurn die Gemeinden anwies, sich zu Sozialregionen zusammen zu schliessen.

In unserem Fall wurde der Dorneckberg, Dornach und das Leimental zusammengefasst. Dornach bekam als einwohnerstärkste Gemeinde den Auftrag **Leitgemeinde der Sozialregion** zu werden. Als diese Verträge von den Gemeinden unterschrieben wurden, war darin eine Klausel, die ihnen **Mitbestimmung** zusicherte. Später wurde diese Klausel allerdings vom Regierungsrat wieder etwas eingeschränkt.

Das Gremium, das von den Gemeinden gewählt wurde, um diese Mitbestimmung auszuführen, heisst **«Leitorgan Sozialregion Dorneck».** Darin sitzen Vertreter der beteiligten dreizehn Gemeinden, es sind im Sozialwesen sehr erfahrene und kompetente Leute darunter. **Diese Kompetenzen kommen im Leitorgan aber kaum mehr zum Tragen,** denn das Leitorgan darf nur ein Budget vorschlagen und die Rechnung abnicken. Alle finanziellen, personellen und sonstigen wichtigen Entscheide fällt der Gemeinderat der Leitgemeinde Dornach. **Da unser Gemeinderat trotz der Grösse der Gemeinde und trotz der vielfältigen Aufgaben keine Ressortverantwortlichen kennt, obliegt das Sozialwesen, wie auch alles andere, dem Gemeindepräsidenten.**

Nun ist dies aber eine regionale Aufgabe, die sich nicht einfach nebenbei und zusätzlich machen lässt, vor allem nicht in der Aufbauzeit. Das Leitorgan und damit die beteiligten Gemeinden wären bereit, sich zu engagieren, Strategien zu entwikkeln, mehr Führung zu übernehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialdienste zu wählen und zu führen, einen kompetenten Auftritt mit Homepage und Flyer zu gewährleisten und so eine «Corporate Identity» für die Sozialregion zu schaffen.

Eine regionale von den Gemeinden gemeinsam finanzierte Organisation sollte nicht einfach nur als Blinddarm einer Leitgemeinde betrachtet werden, sondern durch eigenes Auftreten, eigenes Briefpapier und eigene Führung wahrgenommen werden können. Beispiele dafür gab und gibt es schon. Z.B. hatte das Leimental zukunftsweisende Ansätze entwickelt wie eine nützliche Homepage mit Auskünften für Sozialhilfesuchende oder zu Vormundschaftsfragen. Das fiel mit der Regionalisierung ersatzlos unter den Tisch.

Für alle Beteiligten wäre dies motivierend und würde den Betrieb stärken. In den nächsten Jahren wird der Kanton den regionalen Sozialen Diensten weitere Aufgaben übertragen: Erwähnt sei vorab eine regionale AHV-Zweigstelle und das Asylwesen.

Es scheint mir wichtig, die kleineren Gemeinden bei der Stange zu halten. Sie tragen mit Steuerfüssen von über 130% (Dornach nur 90%) schwer an den **Kosten der Sozialregion.** Es ist daher verständlich, dass sie auch mitreden möchten.

Da der Kanton es versäumt hat, vor der Einrichtung der Sozialregion klare Strukturen vorzugeben, wie die Kompetenzen zwischen Leitgemeinde und dem Leitorgan genau aufgeteilt werden sollen, muss das erst gemeinsam erarbeitet werden.

Verschiedene Mitglieder des Leitorgans waren aktiv, haben Initiative ergriffen, es wurde getagt, Pflichtenhefte erstellt und Kompetenzordnungen entworfen, wozu die Ammännerkonferenz der betroffenen Gemeinden dem Leitorgan den Auftrag gab. **Und doch bewegt sich nichts, weil die Leitgemeinde sich nicht bewegt, weil sie keine Kompetenzen abgeben will, aber selber keine Zeit hat.**

So besteht die Gefahr, dass die guten Leute im Leitorgan allmählich genug haben. Sie haben keine Lust, sich immer wieder ausbremsen zu lassen. Es stellt sich hier aber eine grundsätzliche Frage: Wer übernimmt dann nach den nächsten Wahlen die Verantwortung für dieses Riesenpaket?

Meiner Meinung nach wäre es an der Zeit, dass die Leitgemeinde Dornach Hand bietet zu konstruktiven und echten Lösungsansätzen. Dass sie selbst weder klar die Führung übernimmt, noch die Führung abgibt, muss sich baldmöglichst ändern. Doch dazu müsste vielleicht auch unser Gemeinderat «demokratisiert» werden, indem jeder Gemeinderat für ein Ressort zuständig wäre, also auch einer für das Sozialwesen.

Mitbestimmung ist ein kostbares und unverzichtbares Element in einer Demokratie. Sei es auf Gemeindeebene, auf Kantonsebene oder auf Bundesebene. Daran lohnt es sich zu arbeiten. Auch wenn es beinhaltet, immer wieder neu die Dinge auszudiskutieren, Kompetenzen zu verteilen und nach gemeinsamen, von allen mitgetragene Lösungen zu suchen.

Sozialpolitik – Freuden und Leid einer Politik auf Gemeindeebene

Seraina Seyffer

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen» steht in der Präambel der schweizerischen Bundesverfassung. Im Zweckartikel ist von «gemeinsamer Wohlfahrt» die Rede und im Kapitel über Sozialziele heisste es: «Bund und Kantone.... setzen sich dafür ein, dass jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat»

Welche Bürgerin und welcher Bürger in der Schweiz hat nicht das Gefühl in einem sozialen Wohlfahrtsstaat zu leben und ist stolz darauf, dass «bei uns niemand unter einer Brücke übernachten muss?» Doch was heisst das in der Gemeinde Dornach konkret?

In der Sozialregion Dorneck belegt Dornach unter den elf Gemeinden des Kantons Solothurn von Dorneckberg bis ins Leimental mit Abstand den ersten Platz, was die Anzahl der **Menschen betrifft, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.** Mehr als viermal so viel wie in den Gemeinden Hofstetten-Flüh und mehr als 26-mal so viel wie in Metzerlen-Mariastein oder Gempen. Grössenmässig ist Dornach im Verbund zu Recht die Leitgemeinde.

Die Grösse der Zahl jedoch wird wiederum relativiert, wenn man in der eigenen Gemeinde in der Sozialkommission Einsitz hat und am Rande mitbekommt, welche Leute von der Möglichkeit der Sozialhilfe wirklich Gebrauch machen und welche eben

nicht. Man hört immer wieder von Menschen, die um die Möglichkeit wissen und leise einmal nachgefragt haben, was denn die Bedingungen sind, vorstellig geworden sind sie aber nie. Vielleicht kennt man aus dem eigenen Umfeld Menschen, die solch eine Hilfe dringend nötig hätten, die aber nicht davon Gebrauch machen wollen. Gründe dafür gibt es viele.

Vorurteile, Gesichtsverlust, denn «Arm sein» wird als persönliches Versagen gewertet; Angst vor Stigmatisierung, (zu «faul» zum Arbeiten – «wer nicht arbeitet ist nichts wert»), Scham davor, seine Bedürftigkeit jemandem anzuvertrauen, Loyalität mit dem Stolz eigener Familienangehöriger, schlechte Erfahrungen anderer; es wird in jedem Fall ein Abwägen der Vor- und Nachteile sein, ein Gegenüberstellen von dem, was man aufgibt (den «guten Ruf», seine Freiheit) im Gegenzug zu dem, was man gewinnt.

Der Gewinn ist klar: für einen Einpersonenhaushalt bekommt man pauschal pro Monat CHF 960.– zum Leben zuzüglich der Krankenkassenprämien und der Wohnungskosten bis zu einem Maximalbeitrag von CHF 950.–. Für zwei Personen beträgt die Monatspauschale Fr. 1469.– und die maximalen Wohnkosten CHF 1300.– Die Beiträge sind gestaffelt und flachen sich ab, je mehr Personen in einem Haushalt wohnen. Wenn jemand durch Arbeit Geld verdient, so wird der entsprechende Betrag (mit einem Puffer von CHF 500.–) vom zustehenden Betrag wieder abgezogen.

Die Meinung, dass Leute auf Kosten der Allgemeinheit «es sich gut gehen lassen» wirkt angesichts der Höhe der verfügten Beträge zynisch.

Umso mehr als fast 50% der Sozialhilfegeldempfängerinnen und -empfänger Kinder und Jugendliche zwischen null und 25 Jahren sind. Dies stimmt umso nachdenklicher, da durch Studien belegt ist, dass Armut vererbbar ist und die viel gepriesene **Chancengleichheit in unserem kapitalistischen Wohlfahrtsstaat nicht mehr spielt.**

Wer hat die Erfahrung gemacht, dass ein Monatsbudget von Fr. 1786.– für z.B. eine Mutter mit zwei Kindern ausreicht um all die Kosten zu tragen, die neben dem blossen Grundbedarf für zwei Kinder nötig sind, um sozial integriert mit seinen Altersgenossinnen mitzuhalten? Ich kenne niemanden!

Alleine dieses Beispiel zeigt, dass **die kantonalen schweizerischen Sozialsysteme von der Komplexität der sozialen Realität längst überholt sind.** Man denke an die Zunahme von Scheidungen, Einelternhaushalten, die Destabilisierung der Arbeitsverhältnisse und der wachsenden Anzahl von «Working Poors». Sie alle haben durch diese Stressfaktoren zusätzlich mit einer überhöhten psychischen und gesundheitlichen Belastung zu tun.

Es wäre wünschenswert, einen nationalen Gesetzesrahmen zu haben, welcher die Koordination der Existenzsicherung und der dringend nötigen Prävention gesamtschweizerisch in einem Masse zulässt, der die Gleichbehandlung aller Bedürftigen in den kantonal unterschiedlichen Sozialsystemen gewährleistet und die Lücken zwischen den unterschiedlichen Sozialversicherungssystemen zu schliessen vermag.

Für diesen Gesetzesrahmen braucht es aber zuerst eine neue Verfassungsgrundlage. Die SODK (Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Direktoren) hat sich zwar dieser Aufgabe angenommen, wann die Auswirkungen jedoch auch auf Gemeindeebene spürbar sein werden, steht noch in den Sternen.

Die Spezialkommission KITA hat sich konstituiert

Seraina Seyffer

Es wird endlich etwas unternommen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in Dornach weiter zu fördern.

Am 18. Mai 2011 hat die Spezialkommission KITA (Kindertagesstätte) ihre Arbeit aufgenommen. Präsident ist Gemeinderat Daniel Grossenbacher (CVP), Vizepräsidentin ist Silvia Zeltner (SP) und Aktuarin ist Seraina Seyffer (FWD).

Wer Wünsche und Bedürfnisse und konkrete Ideen hat auf dem Gebiet der Kinderbetreuung, ob ganz- oder halbtags, der soll sich doch bei den obigen Ansprechpersonen melden!

Für die FWD ist dies:
Seraina Seyffer
E-Mail: seraina.seyffer@gmx.ch

STIFTUNGSRAT ALTERS- UND PFLEGEHEIM WOLLMATT

4 Mitglieder

FWD-Vertreterin: Irène Hauser

20 Jahre Alters- und Pflegeheim Wollmatt

Irène Hauser

Das Alters- und Pflegeheim Wollmatt feiert dieses Jahr sein 20jähriges Bestehen. Am 3. September wird das Jubiläum mit einem Tag der offenen Tür gefeiert.

Die Betreuung und Pflege von älteren Menschen ist eine wichtige und herausfordernde Aufgabe, die das Alters- und Pflegeheim Wollmatt mit Engagement und Freude erfüllt. Vor über 25 Jahren hatten zehn Gemeinden des solothurnischen Bezirkes Dorneck die Idee entwickelt, gemeinsam ein Alters- und Pflegeheim zu erstellen. 1985 gründeten diese Gemeinden eine Stiftung und 1991 konnte das Alters- und Pflegeheim mit heute 56 Pflegeplätzen in Dornach eingeweiht werden.

Am Samstag, dem 3. September 2011, wird das 20jährige Jubiläum des Heims mit einem Tag der offenen Tür gefeiert. Mit diesem Anlass, welcher

mit verschiedenen Aktivitäten über das Jahr ergänzt wird, soll das Jubiläum gebührend begangen werden.

Alle sind herzlich eingeladen, das Jubiläum mitzufeiern. Am 3. September stehen von 10 bis 19 Uhr die Türen des Heims offen. Mit geführten Rundgängen durchs Haus, verschiedenen Attraktionen für Jung und Alt und einem Referat zum Thema «Ethik im Heim» von Dr. G. Ruff um 14.00 Uhr zeigt das APH Wollmatt sein Haus, seine Geschichte und seine Ideen für die Zukunft.

Das Restaurant verwöhnt die Gäste zudem mit feinen Köstlichkeiten. **Bitte notieren Sie sich heute schon den 3. September 2011 in der Agenda! Wir freuen uns auf Ihren Besuch.**

VERKEHRSKOMMISSION

3 Mitglieder

FWD-Vertreter: Bruno Planer (Aktuar)

Die Verkehrskommission ist auch im Jahr 2011 aktiv geblieben

Bruno Planer

Im letzten halben Jahr gingen mehrere Wünsche aus der Bevölkerung für Geschwindigkeitsmessungen auf diversen Strassenabschnitten ein. Diese konnten zum Teil erfüllt werden. So führte die Kantonspolizei Solothurn zum Beispiel auf der Goetheanumstrasse Verkehrskontrollen durch. Diese zeigten Überschreitungen im hohen einstelligen Bereich.

Auch die Gemeinde Dornach führt seit mehreren Jahren Verkehrsmessungen durch. Diese Anzeigen dienen auch zur Sensibilisierung der Autofahrer. Die Auswertungen haben ergeben, dass sich über 90% aller Fahrzeuglenker an die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten halten. Die Messungen der Verkehrskommission haben den Vorteil, dass sie über mehrere Jahre erfolgen und zusammen mit den Kontrollen der Kantonspolizei Solothurn ausgewertet werden können. Wie bereits in den vergangenen Jahren wird in Dornach allgemein die vorgeschriebene Geschwindigkeit gut eingehalten. Womit wir bereits beim nächsten Thema sind.

Tempo 30-Zonen

Wie erwähnt, ist die Disziplin der Fahrzeuglenker bezogen auf die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit recht gut. Im Einzelfall oder an einzelnen Standorten kommt es aber leider immer wieder zu massiven Überschreitungen wie z.B. auf der Apfelseestrasse oder Gempenstrasse. Dort müssten aber andere Massnahmen zum Zuge kommen als Tempo 30-Zonen. An diesen Standorten kann **mit geschickter Linienführung oder einzelnen beruhigenden Massnahmen** im Rahmen einer Strassensanierung viel mehr erreicht werden.

Aber nun zu den Tempo 30-Zonen in Dornach. In Dornach werden die signalisierten Höchstgeschwindigkeiten relativ gut eingehalten. Es ist jedoch fraglich, ob diese überhaupt den Örtlichkeiten angepasst sind. Ich bin der Meinung nein. **In reinen Wohngebieten oder öffentlichen Zonen wie Kindergarten und Schulumgebungen ist Tempo 50 zu hoch.** Allein der Anhalteweg in einer **Tempo 50-Zone beträgt**

26.75 m, in einer **Tempo 30-Zone 12.96 m.** Das heisst in einer Tempo 30-Zone steht ein Fahrzeug mit korrekter Geschwindigkeit fast **14 Meter früher als in einer Tempo 50-Zone.** Wenn wir das nun übertragen auf den normalen Verkehr kann sich jeder vorstellen, dass diese 20 km/h Unterschied beim Anhalteweg einen enormen Unterschied ausmachen. Nämlich mehr als die Hälfte.

Ein viel eingebrachtes Argument der längeren Fahrzeit mit Tempo 30 kann getrost vernachlässigt werden. Zum Beispiel auf dem Gempenring vom Sportplatz bis zur Kreuzung Bruggweg; Mit Tempo 50 benötigt man rund 1 Minute und 20 Sekunden, mit Tempo 30 rund 2 Minuten, also nur 40 Sekunden länger (das ist natürlich nur eine theoretische Berechnung ohne Stopps etc.). **Es zeigt aber anschaulich, wie wenig «Zeit» verloren geht und wie viel mehr Sicherheit daraus resultiert.**

Wie Umfragen zeigen, steigt mit der Einführung von Tempo 30-Zonen in Wohnquartieren auch die Wohnqualität. Einerseits durch das grössere Sicherheitsempfinden, durch den langsameren Individualverkehr, andererseits auch durch die **geringeren Lärmemissionen** durch die angepasste Geschwindigkeit.

Aber es ist schon so: Tempo 30-Zonen machen nur Sinn in den dafür entsprechend geeigneten Gebieten. Daher ist vorher unbedingt durch Experten zu beurteilen, ob eine Tempo 30-Zone Sinn macht oder im schlimmsten Fall kontraproduktiv wirkt. Zum Beispiel an steilen Strassenabschnitten, wo beim bergwärts fahren in einem tiefen Gang mit hohen Tourenzahlen deutlich mehr Lärmemissionen entstehen als bei einer normalen Zone und beim Talwärts fahren, wo entsprechend mehr gebremst werden muss.

(Foto Kantonspolizei Basel-Landschaft 31.01.2011)

Aber es geht ja auch um verhältnismässige Lösungen. Eine allfällige Einführung von Tempo 30 ist jedoch sicher auch mit einer Abstimmung an einer Gemeindeversammlung verbunden und wird noch viel Arbeit in der breiten Öffentlichkeit verlangen. Zuerst muss sich aber der Gemeinderat damit befassen und für das weitere Vorgehen grünes Licht geben. **Wir sind nun gespannt, wie es weiter geht.**

Metron Analyse

Ein weiteres Thema war die Metron Analyse **«zu Fuss und mit dem Fahrrad auf den Verkehrswegen in Dornach».** Die Bearbeitung durch die Verkehrskommission ist abgeschlossen und der Gemeinderat hat das Geschäft begutachtet. **Geblieben sind ein paar Einzelmassnahmen. Wenn man bedenkt, wie viele Wünsche, Anregungen und Verbesserungen ursprünglich erfasst wurden, ist das Endresultat mager.** Dies ist aber in keiner Weise Kritik an der Gemeinde. Die Studie war meiner Meinung nach durch Metron schlecht vorbereitet. Beschriebene Verbesserungen waren schlecht recherchiert und das Wissen über die Gegebenheiten vor Ort ungenügend. Daraus haben sich viele Punkte ergeben, die schlecht, gar nicht oder nur mit enormem finanziellen Aufwand im Verhältnis zum Nutzen realisiert werden könnten. Zudem gab es auch noch die rechtlichen Vorgaben, welche zu erfüllen waren und somit wurde die Liste noch kleiner. **Die Gemeinde und der Gemeinderat haben das Möglichste versucht und nun werden die Massnahmen, die übrig geblieben sind, realisiert.** Vielleicht gibt es in Zukunft andere Wege, schneller und einfacher zum Ziel zu kommen.

Schwerverkehr

Ein weiteres Thema ist trotz Fahrverbot und neuer grosser Schilder das **Benutzen der Apfelseestrasse durch schwere Sattelschlepper,** die am Schluss dann entweder auf der SBB-Brücke in Aesch oder beim Wenden in einem Acker geborgen werden müssen. Eigentlich unhaltbar. Wir möchten alle Anwohner bitten, wenn sie einen solchen Lastwagen sehen, dies zu melden So können wir allenfalls weitere Massnahmen in die Wege leiten.

Unsere E-Mail Adresse:
verkehrskommission@bluewin.ch

KELSAG-KEHRICHTBESEITIGUNG LAUFENTAL-SCHWARZBUBENLAND AG

Ursula Kradolfer

Die KELSAG und die Sackgebühren

Ursula Kradolfer

An der Generalversammlung der KELSAG wurde der Antrag des Vorstands die Kehricht-Sackgebühr zu erhöhen abgelehnt. Einige Aktionärsgemeinden waren der Meinung, dass eine Mehrbelastung der Bevölkerung, angesichts des guten Geschäftsgangs der KELSAG, nicht akzeptabel sei.

Die BaZ meldete die Nachricht Mitte Mai: «Höhere Sackgebühr trotz Millionengewinn».
Aus dem Jahresbericht ist ersichtlich, dass die KELSAG sehr gut gewirtschaftet hat. Der Gewinn des Unternehmens beträgt 2010 ca. 1.8 Mio. Franken.

Trotzdem beantragte der Verwaltungsrat eine Erhöhung der Sackgebühren. An der Generalversammlung vom 26. Mai 2011 nannte die KELSAG zwei Hauptgründe dafür: Erstens sei der Betriebszweig, der das Sammeln und Verwerten der Abfallsäcke umfasst, schon seit Jahren defizitär (CHF 190‘000.– pro Jahr). Zweitens soll die neue Dienstleistung «Einsammeln und Verwerten von Biomasse» durch einen Aufpreis auf der Sackgebühr finanziert werden. Die grossen Rückstellungen von CHF 370‘000.– und Abschreibungen von 1.1 Mio Franken seien notwendig, weil der Geld einbringende Betriebszweig (das Auffüllen der Deponie) in spätestens fünf Jahren beendet sein werde. Bis dahin müsse der Deponienachsorge-Fonds geäufnet und alles abgeschrieben sein. Zudem dürfe der Ertrag eines Betriebszweiges nicht zur Quersubventionierung anderer defizitärer Betriebszweige (wie z.B. des Betriebszweigs Kompostieren) verwendet werden. Das widerspreche dem Verursacherprinzip wie es im Umweltschutzgesetz postuliert sei.

Einige Aktionärsgemeinden (darunter Breitenbach und Laufen) waren der Meinung, dass es nicht angebracht sei, die Gebühren zum jetzigen Zeitpunkt zu erhöhen. Die finanzielle Lage der KELSAG präsentiere sich so gut, dass im Moment darauf verzichtet werden könne. So profitierten die Einwohner der Aktionärsgemeinden direkt vom guten Geschäftsgang. Kurt Henzi, Verwaltungsratsmitglied, appellierte an die Gemeindevertreter, den Antrag des Verwaltungsrats zu unterstützen. So gehe die KELSAG gestärkt in die Zukunft. Und von einer starken KELSAG profitierten die Gemeinden mehr.

Welche Haltung nahm Dornach ein? Der Gemeinderat hatte sich im Vorfeld der Generalversammlung mit dem Antrag befasst. Er folgte mehrheitlich der Argumentation des Verwaltungsrats und unterstützte den Antrag die Gebühren zu erhöhen.

Die Abstimmung bei der KELSAG ergab, dass das notwendige, absolute Mehr nicht erreicht wurde. **Der Antrag des Verwaltungsrats wurde abgelehnt. Die Sackgebühren werden demzufolge nicht erhöht.**

Der Verwaltungsratspräsident gab den Aktionärsgemeinden nach dem Resultat zu bedenken, dass die Gemeindevertreter nun einen Entschluss gefasst haben, der dem Verursacherprinzip des Umweltschutzgesetzes widerspreche. Merkwürdig: Die Quersubventionierung der Kehrichtsäcke soll illegal sein, anders als die Quersubventionierung der Grüngutsammlug. Die Tonne Grüngut kostet z.Z. CHF 85.–, kostendeckend wäre ein Preis von CHF 110.–/Tonne. Unterschied? Ersteres will die KELSAG nicht, letzteres will sie hingegen schon; schliesslich hat sie sich vertraglich verpflichtet, die Biomasse für die neue Vergärungsanlage zu beschaffen. **Dann ist Quersubventionierung offenbar doch akzeptabel.**

VORORTSKONFERENZ

Ursula Kradolfer

Wechsel im Präsidium der Vorortskonferenz

Eine Ära geht zu Ende. Heiner Schärrer, Gemeindepräsident von Therwil, gibt seine Ämter ab, auch das Präsidium der Vorortskonferenz.

In der Vorortskonferenz sind die Vorortsgemeinden von Basel zusammengeschlossen, darunter auch Dornach. **Ziel des Gremiums ist es, Themen zu besprechen und Massnahmen zu beschliessen, die die Agglomerationsgemeinden um Basel betreffen.** Beispiele dafür sind: der Verkehr oder die Zentrumsleistungen der Stadt Basel.

Heiner Schärrer hat sich in den letzten Jahren intensiv dafür eingesetzt, dass die Vorortsgemeinden ihre finanzielle Unterstützung für Stadt-Basler **Kulturbetriebe** bündeln. Es wurde ein gemeinsamer Fonds eingerichtet, in den die Gemeinden einen wesentlichen Teil ihres Kulturbudgets einzahlen. **Dornach beteiligt sich nicht an diesem gemeinsamen Fonds. Die Gemeinde hat kein festes Kulturbudget, sondern unterstützt einzelne Institutionen, darunter auch das Stadttheater Basel.** Die Vergabe der Fondsgelder wird von der Vorortskonferenz in Zusammenarbeit mit den Kulturverantwortlichen der beiden Basel vorgenommen.

Ich wünsche Heiner Schärrer alles Gute in seinem «Polit-Ruhestand» und seinem Nachfolger, Martin Kohler, Arlesheim, viel Erfolg im neuen Amt.

IMPRESSUM:

Infoblatt der Freien Wähler Dornach

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Redaktion, Telefon 061 701 82 53, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach
Redaktion Info-Blatt
Postfach
4143 Dornach 2

oder info@fwd-dornach.ch?subject=FWD_Infoblatt_1/2011
Internet: www.fwd-dornach.ch
Redaktion: Irène Hauser, Ursula Kradolfer, Hans Reinacher, Daniel Urech
Fotos: Felix Heiber
Satz/Druck: WBZ, 4153 Reinach

Dezember 2010